

Hochschulen

# Soziale Selektion

**Ein Tabu deutscher Bildungspolitik wankt: Politiker und Professoren fordern Studiengebühren.**

**D**ie rund 3600 Studenten der Fachhochschule Lüneburg waren geschockt. Anfang November bekam jeder von ihnen ohne Vorwarnung einen Bescheid über 1000 Mark Studiengebühren, auf amtlichem Papier. Wer weiterhin studieren wolle, hieß es in dem Schreiben, müsse künftig halbjährlich zahlen, rückwirkend zum 1. Oktober.

Die angehenden Ökonomen, Bauingenieure und Sozialpädagogen sowie viele Eltern bombardierten die Hochschulverwaltung mit empörtem Protest.

Der Aufschrei war verfrüht, die Aktion von Studenten inszeniert. Doch unrealistisch war die Sache nicht. Letzte Woche debattierte die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) auf ihrer Vollversammlung in Bonn über ein Gebührenmodell, wonach jeder Student pro Semester 1000 Mark berappen soll, um die Finanznot der Universitäten zu lindern.

Studiengebühren, in Deutschland vor drei Jahrzehnten abgeschafft, sind politisch wieder salonfähig.

Die 240 Rektoren verabschiedeten den Vorschlag zur Semestergebühr zwar nicht, doch der Geldmangel droht bislang eherne Grundsätze der Bildungspo-

\* Mit Unterschriftenlisten von Studenten gegen Studiengebühren.

litik – Chancengleichheit und Bildungsfreiheit – aufzuweichen. Die Diskussion ist nicht mehr zu stoppen: Wie können die Studierenden an den Kosten für ihre Ausbildung beteiligt werden? Wo kann an den Hochschulen weiter gespart werden? Wie läßt sich die Zahl der Studenten reduzieren?

Studiengebühren sind politisch in der Bundesrepublik (noch) nicht durchsetzbar. Anke Brunn, SPD-Wissenschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, nannte den HRK-Vorschlag „unverständlich“, Bayerns Kultusminister Hans Zehetmair (CSU) warnte vor einem „sozialen Numerus clausus“, und der sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer (CDU) hält Studiengebühren „grundsätzlich nicht für die Lösung des Problems der Hochschulfinanzierung“.

Aber die Ablehnungsfront bröckelt: SPD-Bildungspolitiker Peter Glotz befürwortet Studiengelder ebenso wie der Berliner Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU). Hans-Uwe Erichsen, Präsident der HRK, will den Ruf nach Studiengebühren zwar vor allem als „Hilfeschrei“ der überforderten und von der Politik im Stich gelassenen Hochschulen verstanden wissen, doch Teilnehmer der Rektorenkonferenz berichteten, es gebe unter den Uni-Präsidenten bereits eine knappe Mehrheit dafür.

Unbestritten ist die Finanznot der Hochschulen: Im aktuellen Wintersemester drängen sich über 1,9 Millionen Studenten auf nur 970 000 Studienplätzen. Der Bund vernachlässigt den Hochschulbau, an vielen Unis verrotten Unterrichtsgebäude und Laboratorien – allein 1995 fehlt eine Milliarde Mark für Instandhaltung und Neubau.

Einige Bundesländer streichen trotz der Überlastung Professoren- und Dozentenstellen. Die Universität Hamburg etwa muß auf Anordnung des Senats jede



**Rektoren-Präsident Erichsen\***: Hilfeschrei der Universitäten

zweite frei werdende Wissenschaftsstelle einsparen, in Niedersachsen sollen in den nächsten vier Jahren über 1100 der insgesamt 14 000 Uni-Stellen wegfallen, die Große Koalition in Berlin reduziert die Studienplätze in der Hauptstadt von 115 000 auf 100 000. Dabei wird sich bundesweit die jährliche Zahl der Erstseimestler bis zur Jahrtausendwende von derzeit 270 000 auf 340 000 bis 380 000 erhöhen.

„Durch die Gebührendiskussion soll vom Studium abgeschreckt werden“, sagt Brigitte Kante, 25, Sprecherin des Studenten-Dachverbandes Freier Zusammenschluß von StudentInnenschaften. Die Studienkosten würden mehr auf den einzelnen verlagert, was zu einer „knallharten sozialen Selektion“ führe.

Erfahrungen der Universität Zürich belegen, daß Studiengebühren tatsächlich vom Studium abhalten. Nachdem an der Schweizer Hochschule die Gebühren



Die Tageszeitung

in den letzten Jahren von 300 auf 600 Franken pro Semester verdoppelt wurden und die günstige Krankenversicherung für Studierende wegfiel, ging die Zahl der Immatrikulierten um fast ein Viertel zurück.

Auch die Bonner Regierungskoalition betreibt Abschreckungspolitik, hauptsächlich mit Hilfe der Pläne von Bildungsminister Jürgen Rüttgers zum

Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög). Nach den Vorstellungen des CDU-Politikers sollen Bafög-Darlehen ab Herbst 1996 mit marktüblichen Zinsen von etwa 8,5 Prozent belastet werden. Studenten, die den Höchstsatz von 945 Mark pro Monat erhalten, und das sind die sozial schwächsten, hätten dann statt bisher rund 35 000 etwa 70 000 Mark Schulden nach dem Examen. Die Hälfte der Bafög-Gelder wird als Darlehen gegeben, bislang zinsfrei.

Insgesamt ist die Zahl der Bafög-Empfänger seit Mitte der siebziger Jahre um mehr als ein Drittel gesunken, 1994 erhielten in den westlichen Ländern nur noch 24,2 Prozent der Studenten eine Unterstützung, weil die Bemessungsgrenze der elterlichen Einkommen

nicht entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten erhöht wurde.

Unrealistisch scheint die Erwartung von Bildungspolitikern und Rektoren, durch Gebühren seien die zu langen Studienzeiten zu verkürzen. Bereits heute jobben rund 60 Prozent der angehenden Akademiker regelmäßig, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren – zusätzliche Kosten würden das Studium vieler Studenten eher verlängern.

Auch die Hoffnung, durch den Studenten als zahlenden Kunden werde sich die Lehre an den Hochschulen verbessern, ist kaum begründet, solange zwischen den Universitäten in der Bundesrepublik kein Wettbewerb stattfindet und die Professoren nicht nach Leistung, sondern als Beamte nach Funktion und Dienstalter entlohnt werden.

In einigen europäischen Ländern, etwa in Österreich, Schweden, Dänemark und Griechenland, werden wie in

Deutschland keine Studiengebühren erhoben. In Italien und Frankreich müssen Studenten einige hundert Mark pro Jahr zahlen, in Frankreich unterwerfen sie sich sogar einem unerbittlichen Auslesesystem, das in Deutschland zu Revolten führen würde. In den Niederlanden sind gar mehr als 2000 Gulden fällig – allerdings erhält jeder holländische Student ein Stipendium von

rund 7000 Gulden jährlich, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Ähnliche Regelungen gibt es in Großbritannien.

Abschreckend auf deutsche Bildungspolitik wirkt vor allem das Beispiel der USA. Dort sind Gebühren zwischen 2000 und 40 000 Mark üblich. Viele Eltern verschulden sich hoch, um ihren Kindern die Ausbildung an einer guten Hochschule zu ermöglichen – im egalitären Deutschland besteht kaum ein Ansehensunterschied zwischen den Unis.

Mehr Geld allein kann die Misere der deutschen Hochschulen ohnehin nicht beseitigen. Sie brauchen ein modernes Management mit Kostenrechnung und Effizienzkontrolle, die Studienzeiten müssen verkürzt und die Prüfungsordnungen entrümpelt werden.

Daß es bei der Forderung nach Studiengebühren nicht nur um Bildungsideale geht, machte die Rektorenkonferenz letzte Woche klar. In dem von der HRK vorgestellten Modell steht die Forderung, einen Teil des so einkommenden Geldes den Professoren als „Leistungsanreiz“ für guten Unterricht zukommen zu lassen – bei weiterlaufenden opulenten Beamtengehältern. □